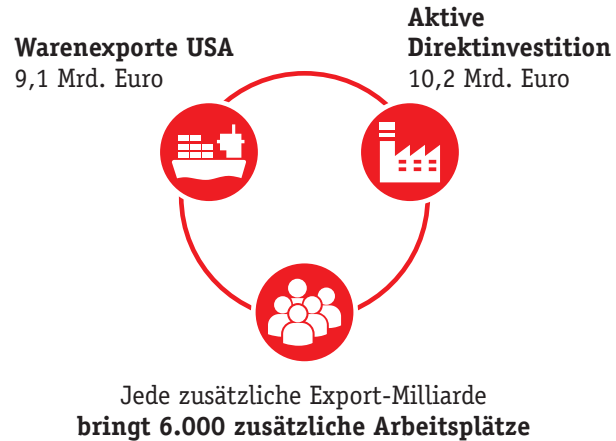
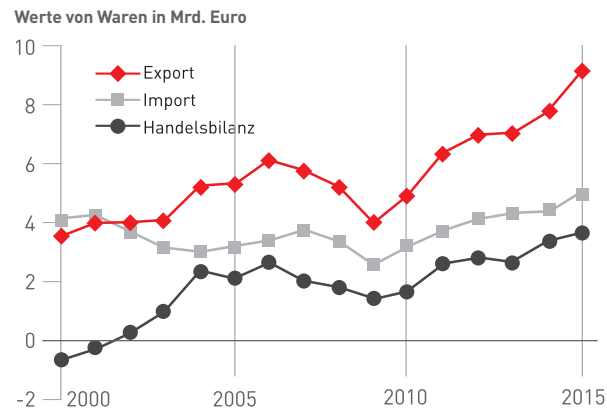


TTIP stärkt unsere Wirtschaft, sichert bestehende und ermöglicht neue Arbeitsplätze. Über die Hälfte unseres BIP und jeder dritte bis vierte Arbeitsplatz hängen vom internationalen Handel ab. Jede zusätzliche Export-Milliarde bringt uns 6.000 zusätzliche Arbeitsplätze.



Für Österreich sind die **USA der wichtigste Exportmarkt außerhalb der EU**. Das Exportvolumen in die USA betrug im Jahr 2015 9,1 Mrd. Euro, der Bestand an aktiven Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen in die USA belief sich auf 10,2 Mrd. Euro. Zudem bedient eine starke österreichische Zulieferindustrie im EU-Binnenmarkt viele Kunden, die in die USA exportieren und auf die richtigen Rahmenbedingungen in den USA angewiesen sind. TTIP kann diese Rahmenbedingungen schaffen.



QUELLEN: Statistik Austria, OeNB und AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

Bleiben wir bei der Wahrheit

TTIP-Gegner verunsichern die Öffentlichkeit mit Mythen und schüren unbegründete Ängste. Wahr ist:

- › „Chlorhuhn“ und „Hormonfleisch“ können weiterhin nicht importiert werden, weil ein EU-Verbot die gegenseitige Anerkennung verhindert.
- › TTIP verpflichtet nicht zur Privatisierung der öffentlichen Versorgungsleistungen, z. B. bei Wasser, Gesundheits- und Bildungssystem.

Anti-Amerikanismus und Minderwertigkeitskomplexe sind fehl am Platz. Die EU ist der weltgrößte Exporteur, noch vor den USA. Die EU verhandelt als ebenbürtiger Partner auf Augenhöhe.

Österreichs Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen neue Chancen, die TTIP bringen kann.

ICH BLEIBE AUCH MIT TTIP CHLORFREI.



Mehr Informationen unter: wko.at/ttip

IMPRESSUM | Medieninhaber & Herausgeber: Wirtschaftskammer Österreich, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Produktion: Marketing & Kommunikation
Druck: Grasl Fairprint, 2540 Bad Vöslau, Mai 2016

Um eine leichtere Lesbarkeit des Textes zu gewährleisten, wurde auf die explizit geschlechtsspezifische Schreibweise verzichtet.

Was ist TTIP?

Seit dem Sommer 2013 laufen zwischen der EU und den USA Verhandlungen für eine gemeinsame Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP.

Bei diesem Handelsabkommen geht es darum, den Handel mit Waren, Dienstleistungen und Investitionen zu vereinfachen:

- den gegenseitigen **Marktzugang erleichtern**
- ungerechtfertigte **Handelshemmnisse beseitigen**
- geltende **Handelsregeln verbessern**, z. B. Zollvorschriften und -verfahren, die besonderen Anliegen von KMU im internationalen Handel, die Transparenz von Gesetzen und anderen Vorschriften, den Schutz von Regeln bezüglich geistigen Eigentums, die Versorgung mit Rohstoffen/Energie, mehr Zusammenarbeit in Wettbewerbsfragen

Was bringt TTIP für Österreich?

Gerade für ein kleines, exportorientiertes Land mit hoher Außenhandelsverflechtung wie **Österreich** ist eine **offensive Handelspolitik** erfolgsentscheidend.

Europa ist zwar noch führende Handelsmacht, verliert aber zunehmend an Bedeutung. In absehbarer **Zukunft** werden **90 %** des **weltweiten Wirtschaftswachstums außerhalb Europas** stattfinden.

TTIP: JA zu neuen Chancen für Österreich
Zuerst verhandeln, dann entscheiden

Welche Chancen kann TTIP für unsere KMU bringen?

Hohe Zölle und **unnötige Bürokratie** im Export **belasten** Österreichs **kleine und mittlere Unternehmen** (KMU) überdurchschnittlich.

Von einem gut verhandelten TTIP, das Handelshemmnisse beseitigt, profitieren KMU mit ihren begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen deutlich mehr als große Firmen.

Ein gut verhandeltes **TTIP erleichtert KMU** den **internationalen Handel** bzw. den **Ersteinstieg in Import und Export**.

Weil viele europäische Kunden österreichischer **Zulieferer-KMU** durch TTIP ebenfalls verbesserte Exportchancen erhalten, **profitieren** österreichische Firmen auch indirekt vom Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA.



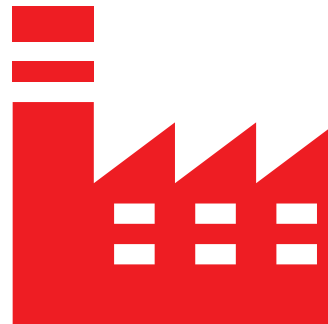
Wie soll der Investitionsschutz funktionieren?

Der **Schutz österreichischer Investitionen im Ausland** ist für die WKO ein wichtiges Verhandlungsziel.

Das Thema wird sehr kontroversiell diskutiert. Daher hat die EU einen Reformvorschlag für den internationalen Investitionsschutz vorgelegt, dieser sieht u. a. Folgendes vor:

- > Das **Regulierungsrecht der Staaten**, z. B. bei Gesundheits-, Umwelt-, Konsumentenschutz, hat Vorrang vor den wirtschaftlichen Auswirkungen staatlicher Maßnahmen auf den Investor.
- > Die internationalen Schiedsgerichte sollen zu einem **öffentlichen Investitionsgerichtshof** mit unabhängigen Richtern und Berufungsmöglichkeiten weiterentwickelt werden.

Auch in den USA bedarf es zum Schutz der Investitionen österreichischer Unternehmen gegen Diskriminierung gut funktionierender und KMU-freundlicher Investitionsschutzregeln.



Was passiert mit unseren Standards?

Es dürfen weiterhin nur **Waren** innerhalb der EU zirkulieren, die entweder den **geltenden EU-Regeln entsprechen** oder **gegenseitig anerkannt** sind.

Die **gegenseitige Anerkennung** von Waren oder Produktionsverfahren kann nur nach Prüfung der Gleichwertigkeit (Äquivalenz) der EU- und US-Vorschriften erfolgen. Sie wird also **keine Standards senken**.

In der EU verbotenes „Hormonfleisch“ und „Chlorhühner“ werden mangels Äquivalenz gegenseitig nicht anerkannt.

In der Automobilbranche führen etwa unterschiedliche, aber gleichwertige Regelungen und Normen (z. B. für Blinker, Spiegel, Sicherheitsgurte) dazu, dass bestimmte Modelle gegenseitig gar nicht angeboten oder teure Modellmodifikationen für beide Märkte notwendig werden.

Wenn TTIP gut verhandelt wird, kann es eine Reihe von **äquivalenten Schutzvorschriften** in verschiedenen Branchen gegenseitig anerkennen, **ohne** dass österreichische oder europäische **Standards gesenkt** werden.



Wie wird TTIP verhandelt?

Die **EU-Kommission** verhandelt TTIP **im Namen aller EU-Mitgliedstaaten**, welche ihr einstimmig ein Verhandlungsmandat erteilen.

Die EU-Mitgliedstaaten, das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden **laufend über den aktuellen Verhandlungsstand informiert** und befragt. Die Wirtschaftskammer Österreich ist in die handelspolitische Diskussion in Österreich und in Brüssel eingebunden.

Die zuständigen Minister aller EU-Mitgliedstaaten müssen das **Abkommen** nach dem Ende der Verhandlungen **beschließen**. Auch das Europäische Parlament muss zustimmen.

Zusätzlich muss das Abkommen von allen 28 Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten als gemischtes Abkommen ratifiziert werden. TTIP steht auf einem festen demokratischen Fundament.

